

FRIEDLAND, im Juli

Mohammed hat Schmerzen, genaugenommen sind es Zahnschmerzen, jedenfalls sagt er das, nachdem die Lehrerin etwas übertrieben deutlich auf ihren Mund zeigt. Es geht um Arztbesuche, die Teilnehmer des Deutschkurses sollen in der Lage sein zu beschreiben, wo ihnen etwas weht tut. „Ich habe Zahnschmerzen“, sagt Mohammed also, laut und deutlich, und die Dozentin lächelt breit und sagt: Ich habe Zahnschmerzen, sehr gut! Im Grenzdurchgangslager Friedland in Niedersachsen, Haus 47, Schulungsraum zwei, lernen gerade 16 syrische Flüchtlinge Deutsch, ein paar Stunden jeden Vormittag, und ganz vorne rechts sitzt Mohammed Salem Al Sirafi, 30 Jahre alt, Bart, schwarzer Trainingsanzug, weiße Turnschuhe, an den Händen kaum noch Finger.

Das Grenzdurchgangslager Friedland ist eine besondere Einrichtung, bekannt vor allem deshalb, weil seit den fünfziger Jahren die meisten – und inzwischen sogar alle – Spätaussiedler, die zurück nach Deutschland kommen, ihre ersten Tage in dem kleinen Ort ein paar Kilometer südlich von Göttingen verbringen. Doch die Einrichtung unterscheidet sich noch auf eine andere Art von den anderen. Alle Flüchtlinge, die über eines der humanitären Aufnahmeprogramme wie zum Beispiel das EU-Türkei-Abkommen oder eines der sogenannten Resettlement-Programme gezielt aus einem Drittstaat nach Deutschland geholt werden, bleiben zwei Wochen in Friedland, ehe ein Bus vorgefahren kommt und sie in das Bundesland bringt, dem sie zugeteilt wurden. Es sind besonders schutzbedürftige Menschen, ausgesucht vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) – viele Familien sind unter ihnen, alleinerziehende Mütter, Personen mit Krankheiten und Behinderungen. Sie müssen keinen Asylantrag stellen und haben trotzdem einen ähnlich guten Aufenthaltsstatus wie ein anerkannter Flüchtling: drei Jahre Aufenthaltserlaubnis mit der Möglichkeit der Verlängerung, Anspruch auf Sozialleistungen, Zugang zum Arbeitsmarkt. Die ersten zwei Wochen in Friedland sind durchgeplant, nach der Ankunft geht es zum Arzt und in die Kleiderkammer, die Erwachsenen bekommen 20 Euro Taschengeld, die Kinder Spielzeug. An den übrigen Tagen bietet die Behörde einen „Wegweiserkurs“ für Deutschland an, morgens Sprache, nachmittags Kultur.

Insgesamt hat die Bundesrepublik zugesagt, in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt etwa 10 200 Flüchtlinge gezielt humanitär aufzunehmen, also zusätzlich zu den Geflüchteten, die auf eigene Faust ins Land kommen und dann hier einen Asylantrag stellen. Das bedeutet, dass das Lager Friedland mit seinen 820 Plätzen weiterhin gut ausgelastet bleiben wird. Der Leiter der Einrichtung, Heinrich Hörnschemeyer, hält derzeit jeweils 250 Plätze für Spätaussiedler und für humanitäre Aufnahmen bereit, die übrigen Betten sind für Flüchtlinge, die in Niedersachsen ganz normal einen Asylantrag gestellt haben. „Wir bereiten uns darauf vor, dass die humanitären Aufnahmen zunehmen werden“, sagt der 62 Jahre alte Hörnschemeyer.

Er sitzt in seinem Büro im ersten Stock des Verwaltungsgebäudes und kennt jede Ecke des Lagers, schließlich ist Hörnschemeyer hier seit fast 30 Jahren der Chef. Im Frühjahr kamen ein paar Flugzeuge mit syrischen Flüchtlingen aus der Türkei an, dann wurde es ruhiger, doch bald soll wieder fast jede Woche ein Flugzeug mit humanitär aufgenommenen Flüchtlingen landen, in Hannover, Frankfurt oder Kassel, und Busse werden die Men-



Willkommen in Deutschland: In Friedland verbringen alle humanitär aufgenommenen Flüchtlinge die ersten zwei Wochen.

Foto Daniel Pilar

Aufgenommen aus Überzeugung

Bald kommen wieder mehr Flüchtlinge im Lager Friedland an. Sie wurden gezielt für eine Einreise ausgesucht. Die Behörden setzen bei humanitären Programmen verstärkt auf private Helfer. Von Kim Björn Becker

schen dann auf den großen Platz des Lagers bringen, von wo aus sie für die Dauer von zwei Wochen auf eines der zwölf Wohnhäuser in Leichtbauweise verteilt werden. Es sei schon „eine Menge, was da an Informationen und Eindrücken auf die Menschen einströmt“, sagt Hörnschemeyer. Wie voll das Lager an diesem Tag genau ist, weiß er auf Nachfrage sogar auswendig: 191 Syrer aus der Türkei seien da, 65 Spätaussiedler und 40 Asylsuchende.

In Haus 47 ist der Deutschunterricht gerade zu Ende, es war der letzte Tag des „Wegweiser“-Kurses. Die Teilnehmer bekommen eine Urkunde mit dem Wappen des Landes Niedersachsen darauf und ein weiteres Schreiben, in dem steht, wohin sie nun verteilt werden. Mohammed Salem Al-Sirafi hält den Zettel mit der Weisung in den verbliebenen Fingern seiner linken Hand – es war keine Explosion zu Hause in Syrien, sagt Mohamed, er sei schon so auf die Welt gekommen und könne es nicht anders. Der junge Mann schaut angestrengt auf den Zettel: Land Baden-Württemberg, Stadt Pforzheim. Mohammed sagt: „Ich weiß nicht wirklich, wo das ist.“

Der Weg zurück zu seiner Unterkunft führt über die große Straße, die von Mitarbeitern des Lagers gerne „Boulevard“ genannt wird, und nach ein paar Schrit-

ten durch den Nieselregen steht Mohammed vor seinem großen Koffer, an dem noch immer der Anhänger vom Hinflug hängt: FRA, das Kürzel für den Flughafen Frankfurt. Diese paar Quadratmeter in Haus 42, Zimmer 18, waren in den vergangenen zwei Wochen sein Zuhause, grauer Linoleumboden, einfacher Tisch, ein kleiner Schrank neben der Tür. Jetzt muss er packen. Neben dem schmalen Bett stehen zwei Beinprothesen, denn was man unter der schwarzen Trainingshose nicht sehen kann, ist, dass dem Syrer nicht nur etliche Finger fehlen, sondern unterhalb der Knie auch die Beine. Wohl deswegen hat man ihn ausgesucht unter Tausenden von Bewerbern für eine humanitäre Aufnahme aus dem EU-Türkei-Abkommen, und ihn aus einem der türkischen Flüchtlingslager nach Deutschland ausgeflogen. Dreieinhalb Jahre war Mohammed in dem türkischen Lager, sagt er, und die Antwort auf die Frage, wie es dort war, fällt kurz aus und sehr klar: schrecklich.

Er musste viel arbeiten, um etwas Geld zu haben, zwölf Stunden am Tag, trotz der Behinderung. Und es gab viel Gewalt. In Deutschland, sagt Mohamed, habe man seine Freiheit. „Es ist ein unglaubliches Gefühl.“ Er sagt diese Sätze nicht auf Deutsch, sondern in gebrochenem Englisch, und wenn er nicht weiter-

weiß, was von Zeit zu Zeit vorkommt, dann spricht er die Dinge auf Arabisch in sein Mobiltelefon, das den Text zügig übersetzt. Mohammed sagt: „Hier vergisst man die ganze Gewalt und den ganzen Hass.“ Seine nächste Station, die Stadt Pforzheim, könne er nicht, aber er werde schon in Ordnung sein. Als er die Worte sagt, hört sein Freund Mozer Shababo aufmerksam zu. Der 28 Jahre alte Syrer sitzt auf dem Bett nebenan, die beiden sind seit ihrer Ankunft in Friedland befreundet, Mozers Unterkunft ist nicht weit weg, Haus 41, gleich nebenan. Er ist mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern aus Aleppo geflohen. Die Familie soll am Tag darauf nach Heilbronn gebracht werden, und Mozer hat schon recherchiert. „Heilbronn ist gar nicht so weit von Pforzheim entfernt“, sagt er und schaut hinüber zu seinem Freund: „Anderthalb Stunden mit der Bahn, das ist doch nichts.“

Mohammed und Mozer sind zwei von insgesamt 6000 Syrern, die Deutschland im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens jedes Jahr aus humanitären Gründen aufzunehmen bereit ist. Pro Monat können bis zu 500 Personen ins Land kommen, das Programm wird monatlich verlängert, und wie das Bundesinnenministe-

rium mitteilt, wurden seit dem Beginn des Programms im April 2016 bereits insgesamt 8056 Personen aus türkischen Lagern aufgenommen. Darüber hinaus hat die Bundesrepublik dem UNHCR zugesagt, mehr als 3000 Personen im Rahmen der Resettlement-Programme aufzunehmen – also Flüchtlinge, die sich in einem Drittstaat aufhalten und auch dort keine dauerhafte Perspektive haben. Aus Libyen wurden schon 276 Menschen aufgenommen, weitere Missionen in Ägypten, Äthiopien, Jordanien und dem Libanon sind gerade in Vorbereitung und sollen nach Angaben des Innenministeriums Mitte August beginnen.

Demnächst soll ein zusätzliches, weitgehend privat finanziertes Aufnahmeprogramm hinzukommen. Es heißt „Neustart im Team“, kurz Nest, und wird vom UNHCR, dem Bundesinnenministerium sowie dem Bamf organisiert. Jeweils fünf Bürger sollen sich zusammen um einen Flüchtling kümmern, ihm bei Behördenangelegenheiten und der Organisation des Aufenthalts helfen und die Nettokaltmiete einer Wohnung für zwei Jahre bezahlen – so denn eine freie Wohnung gefunden wird. Eine zentrale Koordinierungsstelle soll die Gruppen mit den Schutzbedürftigen zusammenbringen, sie wird vom Roten Kreuz und den Hilfsorganisationen der großen Kirchen, der Caritas und der Dia-

konie, betrieben. Um die Finanzierung der Koordinierungsstelle kümmern sich zwei Stiftungen sowie die Evangelische Kirche von Westfalen. 500 Syrer sollen auf diese Weise nach Deutschland kommen, ihre Zahl wird allerdings auf das Gesamtcontingent der humanitär aufgenommenen angerechnet – das geplante private Engagement der Bürger soll also nicht mehr Menschen Schutz in Deutschland ermöglichen, es führt lediglich dazu, dass nicht der deutsche Staat für die Kosten aufkommt, sondern die Zivilgesellschaft. Ob sich genügend Helfer für das Nest-Programm finden – 2500 werden insgesamt benötigt –, ist allerdings offen. „Das wird schon gelingen“, sagt Edgar Born, Pfarrer der Evangelischen Kirche in Westfalen. „Wenn die ersten Geflüchteten hier sind, wird es genug Menschen geben, die sich ein Herz fassen. Dann wird das Projekt zum Selbstläufer.“ Um den Beginn zu erleichtern, hat die Kirche 120 Freiwillige gefunden und einen Fonds gebildet, der für die Ehrenamtlichen die Kosten übernimmt – sie müssen die Flüchtlinge dann nur noch ideell unterstützen.

In Friedland begleiten die Hilfsorganisationen der großen Kirchen die Geflohenen in ihren ersten zwei Wochen, und wenn es nach Thomas Heek geht, dem Leiter der dortigen Caritas-Stelle, dann sollte es „sehr viel höhere Aufnahmezahlen“ geben, gerade beim Resettlement. Die Programme des UNHCR seien ein „unglaublich wichtiges Instrument“, weil die üblichen Fluchtrouten zunehmend geschlossen würden oder zumindest schwerer zu bewältigen seien. Um den humanitär aufgenommenen die Ankunft zu erleichtern, organisiert die Caritas ein sogenanntes Buddy-Programm: Wann immer ein neuer Flug ankomme, lade man Geflüchtete ein, die schon eine Weile im Land sind, und bringe sie mit den Neuen zusammen. „Die können dann ein paar Stunden miteinander sprechen“, sagt Heek.

Ein paar Meter entfernt sitzt der evangelische Pfarrer Thomas Harms an seinem Schreibtisch der Inneren Mission, auf dem Tisch liegt eine grün eingebundene Bibel, auf dem Fensterbrett blickt die Büste eines antiken Denkers nach draußen; eine Büste, von der Harms selbst nicht weiß, wen genau sie darstellen soll. Das Teil war schon da, als er vor bald drei Jahren nach Friedland kam. „Wir drängen darauf, dass die legalen Zugangswege nach Deutschland deutlich zunehmen“, sagt Harms. Nach Angaben des UNHCR steigt der weltweite Bedarf für Resettlement-Flüchtlinge an, für dieses Jahr rechnet man in der Genfer Zentrale mit 1,4 Millionen Menschen, doppelt so vielen wie vor fünf Jahren. Die Staatengemeinschaft habe aber nur 80 000 Plätze zugesagt, führte unlängst Christof Portmann, der beim UNHCR für das Thema zuständig ist, auf einer Frankfurter Tagung aus.

Thomas Harms ist zwar evangelischer Pastor, doch in die kleine Kirche in Friedland kommen auch viele Syrer, meist Muslime. Viele wollten einfach mit jemandem über ihre Sorgen und ihre Ängste reden, sagt Harms. Trotzdem kämen auch viele Muslime in die christlichen Gottesdienste, und damit sie dem Programm folgen können, hat Harms einen syrischen Diakon eingestellt, dessen Muttersprache Arabisch ist. Viele Flüchtlinge seien besorgt, wie es mit ihnen weitergeht, darum bietet die Gemeinde eine entsprechende Beratung an. 800 Gespräche protokollierten Harms und seine Mitarbeiter im vergangenen Jahr. Wenn die Zahlen der Resettlement-Flüchtlinge jetzt wieder ansteigen, wenn von August an wieder jede Woche ein Flugzeug landet und ein Bus vorgefahren kommt, wird es voll werden in Friedland – und damit auch in der Inneren Mission und ein paar Häuser weiter bei der Caritas.

Prügelattacken mit Bambusstöcken und Metallstangen

Vermummte schlagen auf die Demonstranten in Hongkong ein – doch Peking hat nur Kritik für die Aktivisten übrig / Von Hendrik Ankenbrand

SCHANGHAI, 22. Juli. Zwei Sorten von Bildern verbreiten sich seit der Nacht zum Montag rasend schnell in Chinas Internet. Beide zeigen die Gewalt. Es sind Bilder einer Eskalation, wie sie China lange nicht mehr erlebt hat. Die erste Bilderreihe wird mit Abscheu und Empörung von den Sympathisanten der Hongkonger Protestbewegung kommentiert. Ihre Wut richtet sich gegen den Staat.

Die Bilder zeigen eine große Gruppe Männer in weißen T-Shirts und schwarzen Hosen in Yuen Long, einem Distrikt in den New Territories im Norden Hongkongs, weit weg von den glitzernden Hochhäusern des Finanzviertels. Die Männer tragen Masken über ihren Mündern, in den Händen halten viele Bambusstöcke und Metallstangen. Manche haben ihre T-Shirts hochgeschoben, so dass die Sicht frei wird auf Bäuche voller Tattoos, so wie sie die Hongkonger Triaden tragen, die Mitglieder der Mafia. Die ist immer noch so mächtig in der Stadt, dass selbst in belebten Geschäftsvierteln wie in Wan Chai in manchen Straßen die Parkplätze leer bleiben bis zur Nacht, in der irgendwann eine schwarze Limousine mit einem von Tattoos übersäten Herrn im Fond heranrollt.

In der Nacht zum Montag prügeln die Männer in den weißen T-Shirts auf die meist jungen Teilnehmer der Hongkonger Protestbewegung ein, die schwarze T-Shirts tragen. Die Männer in Weiß schlagen Journalisten und Anwohner. Sie prügeln in einer U-Bahn-Haltestelle und

in der U-Bahn selbst. Auf Videos ist zu sehen, wie Menschen in Angst schreien und mit aufgespannten Regenschirmen versuchen, die Schläge der Bambusstöcke abzuwehren. Das gelingt nur teilweise. Es fließt Blut. Dem Politiker Lam Cheuk-ting, einem Parlamentsabgeordneten der Peking-kritischen Demokratischen Partei, fließt es aus dem Mund. Der Politiker Junius Ho, der als Unterstützer des zunehmenden Einflusses der Pekinger Zentralregierung auf Hongkong gilt, applaudiert hingegen auf einem Video ein paar Männern in weißen T-Shirts und zeigt ihnen den hochgereckten Daumen. „Ihr seid alle meine Helden“, ist er zu hören. Auf diesen Bildern aus Hongkong, das einst so stolz war auf seinen Rechtsstaat, ist die Polizei nirgendwo zu sehen.

Die Kommentatoren unter der zweiten Reihe Fotos sind nicht minder entrüstet. Den chinesischen Staat sehen sie von den Demonstranten in Hongkong bedroht. Diese, so heißt es in den Kommentaren, hätten Sonntag Nacht eine Grenze überschritten. Die Bilder zeigen ein beschmutztes Gebäude im Zentrum der Stadt. Es ist das Verbindungsbüro der chinesischen Zentralregierung in Peking, eine Art Schattenkabinett, in der jeder wichtige Posten der Hongkonger Regierung mit Kadern vom Festland nachgebildet wird.

Vor dem Büro steht in der Nacht zum Montag eine Menschenmenge von Demonstranten, die Helme tragen und Sprechchöre rufen. Sie kommen von ei-

nem Protestmarsch gegen das verhasste Auslieferungsgesetz, das seit Wochen Millionen Menschen auf der Insel manchmal mehrmals täglich gegen die Regierung auf die Straße treibt. An diesem Abend lautet die Forderung, das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten in den vergangenen Wochen von einer unabhängigen Kommission untersuchen zu lassen. Die Gewalt der Polizisten sei exzessiv gewesen und womöglich von der Zentralregierung in Peking angeordnet, das ist die Meinung vieler Menschen in Hongkong.

Nun wirft eine Handvoll junger Männer mit Masken und Helmen Beutel mit schwarzer Farbe auf das Wappen der Volksrepublik China, das über dem Eingangstor des Gebäudes hängt. An dessen Wand sprühen sie mit schwarzer Farbe Parolen. In diesem Fall ist die Polizei schnell zur Stelle. In Kampfmontur treibt sie die Demonstranten und Randalierer vor sich her.

Ach nächsten Morgen steht die Frau, die schon lange die Kontrolle über die Stadt verloren hat, neben ranghohen Regierungsmitgliedern und dem Polizeichef vor



Brutale Angriffe: Ein Screenshot zeigt eine Attacke auf einen Aktivisten.

Foto Reuters

der Presse und verurteilt die Gewalt in der Nacht zuvor als „schockierend“. Die Prügelangriffe auf die Demonstranten, Reporter und Anwohner im Norden würden von der Polizei vollumfänglich untersucht, verspricht Regierungschefin Carrie Lam, von der es heißt, sie sei nur noch im Amt, weil Chinas Präsident Xi Jinping ihr Rücktrittsersuchen nicht akzeptiert habe. „Gewalt ist für kein Problem eine Lösung“, sagt Lam. Gewalt ziehe nur noch mehr Gewalt nach sich. Die Schläger hätten „das Gesetz komplett missachtet“.

Es ist die Rede von 45 Verletzten, die am Vorabend im Krankenhaus behandelt werden mussten. Reporter erhalten von Insidern der Polizei Informationen, dass die geschätzt hundert prügeln Männer in Yuen Long Mitglieder der berüchtigten Triadengangs „14K“ und „Wo Shing Wo“ gewesen seien. Über eine Stunde lang sei die Polizei trotz der Gewalt nicht aufgetaucht, schreiben Demonstranten, Politiker und Reporter im Internet. Das sei kein Zufall. Bereits während der Studentenproteste in Hongkong vor fünf Jahren war der Verdacht aufgekommen, dass die Zentralregierung Schlägertrupps aus der Unterwelt angeheuert habe, um sie auf die jungen Demonstranten anzusetzen.

Der frühere Abgeordnete James Tien, der in der Vergangenheit die Zentralregierung in Peking unterstützt hat, fragt auf Twitter, ob nun die Triaden die Stadt regierten. Wenn die Regierungschefin Lam nach der Gewalt in Yuen Long immer noch nicht zurücktrete, werde Hong-

kong „nie wieder Frieden“ erleben, schreibt Tien.

Doch für Frieden scheint es ohnehin schon zu spät. Chinas Parteipropaganda ist am Montag angesichts der Geschehnisse vom Vorabend auf einen zuvor in dieser Härte nicht dagewesenen aggressiven Grundton umgeschwenkt. Von den Schlägern in Yuen Long ist keine Rede. Dafür vom beschmutzten Wappen am Verbindungsbüro. Die schwarze Farbe auf dem goldenen Tor des Himmlischen Friedens vor rotem Hintergrund, erleuchtet von fünf Sternen, diese Entehrung habe „unerträglichen Schmerz und Wut“ verursacht, schreibt die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua, die ihre wichtigen Artikel oft direkt mit dem Generalsekretariat abstimmt, dem Parteichef und Präsident Xi Jinping vorsitzt. Der Angriff auf das nationale Symbol sei „unakzeptabel für das ganze chinesische Volk“. Andere Staatsmedien schreiben, die Randalierer forderten die „Autorität der Zentralregierung“ heraus.

Auf dem Festland in Schanghai beschimpfen selbst solche junge Chinesen die Demonstranten in Hongkong, die sonst nicht im Verdacht stehen, der Kommunistischen Partei besonders gewogen zu sein. „Ihr könnt protestieren und schreien“, schreibt Frank, ein 33 Jahre alter Friseur, der eine deutsche Freundin hat und dem es besonders die Stadt Köln angetan hat, auf Werchat, einen Internetdienst. „Aber das Nationalsymbol zu entehren? Ihr seid eine Band von Rotz Bengeln.“